

8. 10. 1992

Platz für 120 neue Asylbewerber in Puchheim

Gemeinderat stimmt Unterbringung in Gewerbegebäude an der Bergstraße zu

si. Puchheim - In der oft unerträglichen Asyldebatte kommt aus Puchheim ein positives Zeichen: Nach intensiver Diskussion erklärte sich die Mehrheit des Gemeinderats mit der Unterbringung von Flüchtlingen in einem leerstehenden Gewerbebetrieb an der Bergstraße einverstanden. Das Gebäude war dem Landratsamt von privater Seite angeboten worden, nachdem andere Versuche, das Objekt zu vermieten, offensichtlich fehlgeschlagen waren. Die Behörde hatte Bürgermeister Herbert Kränzlein über das Angebot informiert und darauf hingewiesen, daß das Haus wegen seiner Lage und Größe „ideal“ für die Einquartierung von etwa 120 Flüchtlingen sei. Kränzlein gehörte in der Diskussion zu den entschiedenen Befürwortern des Objekts: Er wies darauf hin, daß die Lage mittlerweile so schwierig sei, daß das Landratsamt zunehmend Reihenhäuser zu überhöhten Preisen anmieten müsse. „Man kann nicht einfach immer nur nein sagen, sondern man

muß dem Landratsamt auch ein Stück weit entgegenkommen“, so Kränzlein. Probleme befürchtet der Bürgermeister allerdings, wenn das Gebäude tatsächlich mit 120 Personen belegt würde: Damit hätte sich die Flüchtlingszahl in Puchheim auf einen Schlag verdoppelt. Er meinte deshalb, er werde darum bitten, die Einquartierungen „deutlich“ zu verringern. Außerdem sollte keine reine Männergesellschaft, sondern vorzugsweise Familien nach Puchheim kommen und auf die ethnische Zusammengehörigkeit geachtet werden. Schließlich wies Kränzlein noch darauf hin, daß es letztlich auch gar keine rechtliche Möglichkeit gebe, die Einquartierung zu verhindern, ohne gleichzeitig eine Alternative anzubieten - und daß „mit viel Impertinenz“ mit der Notlage der Behörden und der Flüchtlinge spekuliert werde. Massive Kritik übte der Bürgermeister an der Asylpolitik des Freistaates. Die Verteidigungspolitik der Regierung von Oberbayern sei „schlicht skandalös“,

und „gezielt darauf gerichtet, Unruhe zu stiften, um ein politisches Süppchen darauf zu kochen“.

Rückendeckung für seinen Standpunkt erhielt der Bürgermeister quer durch die Fraktionen, wobei es oft hieß, Puchheim solle sich seinen guten Ruf bewahren. Sie „könne aus rechtlichen und wolle aus menschlichen Gründen“ nicht ablehnen, meinte auch Edith Keiser (CSU), plädierte aber nachhaltig dafür, nur das halbe Haus zu belegen.

Ihr Fraktionskollege Raimund Krämer forderte dagegen, man sollte erst einmal prüfen, ob andere Gemeinden ihren Pflichten nachkämen. Bedenken äußerte der in Puchheim-Ort lebende Johann Aichner (FWP). Er sieht Probleme auf die Grundschule zukommen und warnte davor, daß „sogar die Dorferneuerung in Gefahr geraten könnte“. Verärgert zeigten sich auch Emil Sollinger und Franz Metz. Sie warfen dem Besitzer des Gewerbegebäudes vor, aus der Notlage „seinen persönlichen Profit zu schlagen“.